

17.07.2014

Kleine Anfrage 2498

des Abgeordneten Hanns-Jörg Rohwedder PIRATEN

Positionen der Landesregierung zur sicheren Atommüllentsorgung des NRW-Atommülls in Bezug auf die Endlager-Suchkommission

In Landtags-Drucksache 16/6098 vom 20. Juni 2014 teilte die Landesregierung mit, dass sie ohne Vorfestlegung und ohne Vorabstimmungen mit anderen Landesregierungen und Beteiligten in die Beratungen der Endlager-Suchkommission gehe. Man wolle erst die Beratungen der Kommission abwarten, bevor man entscheide, ob man den in NRW in Jülich und Ahaus lagernden hochradioaktiven Atommüll sowie den in Gronau lagernden Uranmüll zum Thema mache. Bekanntlich kann der Uranmüll aus Gronau nicht mit anderem schwach- und mittelradioaktiven Atommüll gelagert werden und muss deshalb bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Atommüll mitbetrachtet werden.

Die dargelegte Position der Landesregierung mutet mehr als verwunderlich an, weil die wachsende Menge an Uranmüll an der Urananreicherungsanlage Gronau in Verbindung mit der aktuell geplanten Inbetriebnahme eines zeitlich unbefristeten Uranmülllagers für 60 000 Tonnen Uranoxid sowie die brenzlige Situation rund um die 300 000 Jülicher Brennelementkugeln dringend nach langfristigen Lösungen verlangt. Auch der Landesregierung dürfte bekannt sein, dass eine sichere Entsorgung von Atommüll weltweit nicht vorhanden ist. Das gilt auch und gerade für den radioaktiven Problemmüll in NRW.

Am 4. Juli 2014 teilte Wirtschaftsminister Garrelt Duin im Landtag überraschend mit, er habe nun doch mit den Co-Vorsitzenden der Endlagerkommission über die Einbeziehung des Gronauer Uranmülls in die Endlagerplanung des Bundes gesprochen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Warum geht die NRW-Landesregierung ohne eigene Verhandlungspositionen in die Beratungen der Endlager-Suchkommission?
2. Wie haben die Co-Vorsitzenden der Endlager-Suchkommission auf das Anliegen von Minister Duin reagiert, den Gronauer Uranmüll in die Beratungen der Kommission mit einzubeziehen?

Datum des Originals: 14.07.2014/Ausgegeben: 17.07.2014

3. In welcher Weise hat Minister Duin in der Endlager-Suchkommission darauf gedrungen, auch die hochradioaktiven Abfälle in Jülich und Ahaus in die Endlagerplanung mit einzu-beziehen?
4. Warum bringt das Castor-Chaos im Forschungszentrum Jülich die Landesregierung nicht dazu, die sichere Entsorgung des Atommülls aus NRW proaktiv in die Endlager-Suchkommission einzubringen?
5. Wie ist der aktuelle Stand der Beratungen der Endlager-Suchkommission mit Blick auf die in NRW lagernden atomaren Abfälle in Gronau, Ahaus und Jülich?

Hanns-Jörg Rohwedder